

Kleine Anfragen zur Beantwortung in der Fragestunde des Landtags

Die Abgeordneten Kai Seefried, Jörg Hillmer, Astrid Vockert, Karin Bertholdes-Sandrock, Editha Lorberg, Gabriela Kohlenberg, Petra Joumaah, Ulf Thiele, Clemens Lammerskitten, André Bock, Lothar Koch, Dr. Stephan Siemer, Heiner Schönecke, Christian Calderone, Karl-Heinz Bley, Rudolf Götz, Burkhard Jasper und Horst Schiesgeries (CDU) hatten am 06.03.2013 gefragt:

(Anfrage 19; Drucksache 17/30, S.10)

Wird HannoverGEN gegen den Willen der Schülerinnen und Schüler beendet?

2008 hat die CDU-geführte Landesregierung das Modellprojekt „HannoverGEN“ an vier niedersächsischen Schulen ermöglicht. Seitdem haben rund 9 000 Schülerinnen und Schüler an Labortagen teilgenommen, bio-technologische Arbeitsweisen kennengelernt und sich im Unterricht mit dem Thema Gentechnik auseinander-gesetzt.

Das Projekt „HannoverGEN“ ist im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ der Standortinitiative „Deutschland - Land der Ideen“ und der Deutschen Bank als „Ausgewählter Ort 2011“ ausgezeichnet worden. In dem Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2013 wird angekündigt, Nieder-sachsen gentechnikfrei zu halten und hierfür keine Fördermittel bereitzustellen. Hierbei soll auch das Projekt „HannoverGEN“ beendet werden.

In der Ausgabe der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 1. März 2013 sprechen sich teilnehmende Schü-lerinnen und Schüler und die Schulleitungen der Projektschulen gegen die Abschaffung des Modellprojektes aus.

1. Wie beurteilt die Landesregierung das Schulprojekt „HannoverGEN“?

2. Inwieweit trägt das Schulprojekt „HannoverGEN“ dazu bei, das Interesse von Abiturientinnen und Abiturienten zur Aufnahme des MINT-Studienfaches Biologie oder artverwandter Studienrichtungen zu stei-gern, und welche Alternativen sollen gentechnik-interessierten Schülern zur studienvorbereitenden Auseinandersetzung mit dieser Thematik angeboten werden?

3. Wie bewertet die Landesregierung das folgende Zitat eines Schulleiters aus der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 1. März 2013: „Nach der Logik der Kritiker müsste ich auch die Kernspaltung aus dem Lehrplan in Physik nehmen, denn Schüler könnten ja indoktriniert werden, wenn sie sich damit beschäftigen.“?

Antwort des Niedersächsischen Kultusministeriums namens der Landesregierung am 14.03.2013:

(Anfrage 19; Drucksache 17/47, S.24-26)

Vorbemerkung der Landesregierung:

Das Projekt HannoverGEN ist ein Bildungsprojekt mit dem Ziel, Lehrkräften Kompetenzen hinsichtlich moderner biotechnischer Verfahren sowie ethischer Reflexion zu vermitteln. Ein weiterer Be-standteil des Projektes sind interne und externe Lehrerfortbildungen. Dabei werden die Projektlehr-kräfte der Stützpunktschulen insbesondere in praktischen Labormethoden geschult. Zusätzlich werden die Lehrkräfte in der Vermittlung von

Bewertungskompetenzen ausgebildet. Die Fortbildungen finden seit Beginn des Projektes HannoverGEN regelmäßig statt.

Die für die Fortbildungen eingesetzten Materialien wurden von den Referentinnen und Referenten entwickelt und speziell nach Themeninhalten der Veranstaltungen zusammengestellt. In der Regel entsprechen sie den Schülerlehrmaterialien mit zusätzlichen Detailinformationen. Die Lehrmaterialien bestehen für jeden Labortag aus Schülerskript, Laboranleitungen und Lehrerhandreichungen, die den besuchenden Schulklassen zur Verfügung gestellt werden.

Der Unterricht findet in der Region Hannover an vier Stützpunktschulen in speziell ausgestatteten Funktionsräumen statt.

Wie im Koalitionsvertrag festgelegt, wird HannoverGen nicht fortgesetzt, sondern beendet. Die Labore gehen an den jeweiligen Schulträger (Kommune) und stehen selbstverständlich weiterhin für den Biologieunterricht oder für ergänzende Projekte zur Verfügung. Die Landesregierung wird zu-künftig eine objektive und ausgewogene Auseinandersetzung mit dem Thema „Gentechnik“ an den niedersächsischen Schulen sicherstellen. Das ist mit HannoverGEN nicht gewährleistet.

1. Wie beurteilt die Landesregierung das Schulprojekt „HannoverGEN“?

Das Projekt HannoverGEN ist ein Bildungsprojekt, um die Lehrkräfte im Bereich der Naturwissenschaften bei kompetenzorientiertem Unterricht zu unterstützen und die experimentellen Anteile im naturwissenschaftlichen Unterricht zu erhöhen sowie bei den Schülerinnen und Schülern die ethische Bewertungs- und Urteilskompetenz nebst Kommunikationsfähigkeit gerade bei gesellschaftlich kritischen Themen zu erhöhen. Von den speziell ausgestatteten Funktionsräumen an den Stützpunktschulen profitieren neben den Stützpunktschulen selbst auch zahlreiche Schulen in der Region Hannover.

Die frühere Landesregierung hatte den thematischen Schwerpunkt bei diesem Bildungsprojekt in der sogenannten Grünen Gentechnik gesetzt. Die einseitige Fokussierung auf Grüne Gentechnik wird von der derzeitigen Landesregierung kritisiert. Die Landesregierung möchte auch zukünftig den experimentellen Unterricht im Fach Biologie stärken, das zu behandelnde Themenspektrum jedoch deutlich verbreitern. Die pädagogischen Zielsetzungen könnten auch mit anderen naturwissenschaftlichen Themenschwerpunkten vermittelt werden.

2. Inwieweit trägt das Schulprojekt „HannoverGEN“ dazu bei, das Interesse von Abiturientinnen und Abiturienten zur Aufnahme des MINT-Studienfaches Biologie oder artverwandter Studienrichtungen zu steigern, und welche Alternativen sollen gentechnikinteressierten Schülern zur studienvorbereitenden Auseinandersetzung mit dieser Thematik angeboten werden?

Die Stärkung des experimentellen Unterrichts, zu der sich die Landesregierung bekennt und zu der auch das Projekt HannoverGEN einen Beitrag geleistet hat, fördert das Interesse der Schülerinnen und Schüler an den Naturwissenschaften und an Technik. Das Thema Genetik und damit verbunden auch die Gentechnik sind auch Bestandteile der Kerncurricula für das Fach Biologie.

3. Wie bewertet die Landesregierung das folgende Zitat eines Schulleiters aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 1. März 2013: „Nach der Logik der Kritiker müsste ich auch die Kernspaltung aus dem Lehrplan in Physik nehmen, denn Schüler könnten ja indoktriniert werden, wenn sie sich damit beschäftigen.“?

Individuelle Meinungsäußerungen einzelner Personen werden durch die Landesregierung nicht kommentiert.